



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Medienkonferenz Lohnforderungen der SGB-Gewerkschaften, Bern, 20. August 2010

Die Raubritter der Finanzwirtschaft plündern die Arbeitnehmenden aus

Unia fordert rund drei Prozent für alle: Als Teuerungsausgleich, als Beitrag an die höheren Krankenkassenprämien und als Reallohnerhöhung. In den meisten Branchen sind dies um die 150 Franken. Die Arbeitnehmenden haben es nötig und sie haben es verdient.

Von Hansueli Scheidegger, Mitglied der Geschäftsleitung der Gewerkschaft Unia

Die Wirtschaft steht heute deutlich besser da, als noch vor ein paar Monaten zu erwarten war. In verschiedenen Branchen der Binnenwirtschaft hatten wir kaum eine Krise. Das Baugewerbe zum Beispiel hat seit Jahren so viel Arbeit, dass unsere Mitglieder Überstunden machen und selbst am Samstag arbeiten müssen. Die Exporte ziehen wieder an und auch in der übrigen Wirtschaft geht es aufwärts. Das ist erfreulich.

Arbeitnehmende haben nichts vom Aufschwung und zahlen in der Krise

Weniger erfreulich ist für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hingegen

- wie sich in den vergangenen Jahren die Löhne und die Lebenshaltungskosten auseinander entwickelt haben. Die Löhne sind stehen geblieben, das Leben ist teurer geworden und die Krankenkassenprämien sind massiv gestiegen. Die Lohnerhöhungen wurden in den vergangenen Jahren fast gänzlich von der Teuerung weggefressen, seit 2000 stiegen die Löhne real gerade mal ein halbes Prozent pro Jahr (total um 4,6 Prozent). Die Arbeitsproduktivität stieg im gleichen Zeitraum – unter Einbezug des Produktivitätsverlustes im Krisenjahr (-1,8%) – um knapp 8 Prozent. Der Lohnrückstand beträgt allein in den letzten neun Jahren 3,34 Prozent.
- wie die Erträge aus der Arbeit verteilt wurden. Die Arbeitnehmenden können mitverfolgen, wie die Boni und Topsaläre explodieren und sie selber leer ausgehen. Die Raubritter der Finanzwirtschaft plündern systematisch die Arbeitnehmenden aus. Wenn es der Wirtschaft gut geht, dann saugen sie die Erträge der Arbeit auf, um sich selber immer höhere Saläre und Boni auszuzahlen. Wenn die Raubritter der Finanzwirtschaft dann wegen ihrem Übermut und ihrer Masslosigkeit in Probleme geraten, dann muss das Fussvolk den Kopf hinhalten. Es sind dann die Arbeitnehmenden, die in der Krise ihre Stelle verlieren und die ihn zustehende Lohnerhöhung verzichten müssen.

Das macht die Arbeitnehmenden zu Recht sauer. In den letzten Jahren hat sich im Bezug auf Lohnerhöhungen ein erheblicher Nachholbedarf angestaut. Darum müssen die Arbeitnehmenden dieses Jahr endlich eine anständige Lohnerhöhung erhalten.

Jetzt droht eine Abwanderung von Arbeitskräften

In verschiedenen Bereichen der Schweizer Wirtschaft sind die Arbeitnehmenden bereits knapp geworden. Da die Löhne vielerorts, insbesondere auch im Gewerbe, kaum mehr erhöht wurden, droht nun vielen Branchen, dass ihnen erfahrene Arbeitnehmer davonlaufen, jetzt wo die Wirtschaft weiter anzieht. Ein Elektriker überlegt sich zum Beispiel, ob er nicht besser Hausabwart bei einer gut zahlenden Versicherung wird, statt für weniger Geld in der Installationsbranche zu bleiben. Wenn die Arbeitgeber das nicht einfach zulassen wollen – weil sie vielleicht denken, sie könnten billigen Ersatz im Ausland finden – dann braucht es jetzt kräftige Lohnerhöhungen.

Je rund ein Prozent für Teuerung, steigende Krankenkassenprämien und Reallohnerhöhung

Die Gewerkschaft Unia fordert für das nächste Jahr grundsätzlich 3 Prozent mehr Lohn. Ein Prozent für den Ausgleich der Teuerung, ein Prozent als Beitrag an die stark steigenden Kosten der

Krankenkassen und ein Prozent als Reallohnerhöhung. Für die einzelnen Branchen haben die zuständigen Gremien diese Forderung noch präzisiert:

Bau und Gewerbe: 150 Franken für alle

Im Bauhauptgewerbe läuft es wie geschmiert, auch die Prognosen sind positiv. („Aufwärtsbewegung hält an“, Baublatt vom 6.8.2010). Umsatz und Auftragsbestand sind auf Höchstständen, auf dem Bau macht sich schon jetzt ein akuter Mangel an gut qualifizierten Facharbeitern bemerkbar. Dies und der permanente Termindruck führen zu massiver Überstundenbolzerei. Die Klagen der Bauarbeiter über diese Situation haben in diesem Jahr massiv zugenommen. Die Kaufkraft der Bauarbeiter hat sich trotz höherer Arbeitsproduktivität in den letzten Jahren nicht verbessert. Deshalb hat das Bauarbeiterparlament der Unia im Juni klar gemacht, dass für 2011 auch eine reale Erhöhung der Löhne durchgesetzt werden muss und diese nicht schon von der Krankenkassenprämie aufgesogen werden darf. Die konkrete Forderung lautet: eine generelle Lohnerhöhung von 150 Franken für alle Bauarbeiter, wovon 50 Franken für den Teuerungsausgleich, 50 Franken als Kompensation der höheren Krankenkassenprämien und 50 Franken als effektive Reallohnerhöhung. Das Bauarbeiterparlament hat auch klargemacht, dass wenig Verhandlungsspielraum vorhanden ist und dass die Bauarbeiter bereit sind, sich für ihre berechnete Forderung einzusetzen. Bereits in der nächsten Woche wird eine breite Infokampagne auf allen Baustellen der Schweiz durchgeführt.

Für die Gewerbeberufe fordert die Unia ebenfalls 150 Franken. Im Gewerbe ist der Nachholbedarf besonders gross, weil die Arbeitgeber in mehreren Branchen trotz guter Konjunktur im vergangenen Jahr keine Lohnerhöhung gewährt haben. So verweigerten die Arbeitgeber im Elektro- und Telekommunikationsgewerbe, im Dach- und Wandgewerbe, im Schreinerhandwerk und im Bereich der Gebäudetechnik einen generellen Lohnanstieg. In verschiedenen Gewerbebranchen (Ausbaugewerbe Romandie, Schreinerhandwerk sowie im Holzbaugewerbe) stehen zudem Gesamtarbeitsvertragsverhandlungen an. Dort stehen neben dem Lohn auch andere Forderungen wie die Frühpensionierung im Vordergrund.

Dienstleistungsberufe: Rund drei Prozent im Detailhandel

Die Detailhandelsumsätze sind weiterhin auf hohem Niveau steigend. Die Grossunternehmen Migros und Coop weisen Spitzenresultate aus. Unia fordert im Detailhandel, insbesondere bei Coop und Migros, eine Lohnerhöhung von generell 140 Franken. Dies entspricht dem Ausgleich der Teuerung von einem Prozent, einem Anteil an die Krankenkassenkosten sowie einer Kaufkraftverbesserung von rund 1 Prozent. Darüber hinaus braucht es bei den Grossverteilern eine zusätzliche Anpassung der Löhne für langjährige/gelernte Beschäftigte.

Für die Chauffeure im Strassentransport fordert die Unia ebenfalls 140 Franken generell. Zusätzlich braucht es einen Lohnausgleich von 4,5 Prozent für die Erhöhung der Arbeitszeit um zwei Stunden (zukünftig 48 Stunden / Woche). In den anderen Dienstleistungsberufen fordert die Unia Lohnerhöhungen in der Grössenordnung von 2-3 Prozent.

Industrie: Ende der Bescheidenheit

Die Exporte haben wieder angezogen. Die Zahl der Betriebe, die Kurzarbeit haben, geht rasch zurück. Viele Betriebe in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie haben im ersten Halbjahr gute Abschlüsse gemacht. Den Firmen der Medizinaltechnik, der chemischen und pharmazeutischen Industrie geht es ausgezeichnet. In den letzten beiden Jahren haben die Industriebetriebe mit Verweis auf die schlechte Konjunktur nur spärliche Lohnerhöhungen ausgerichtet oder gar jegliche Anpassungen der Löhne an die Teuerung verweigert. Der Nachholbedarf ist daher gross. Jetzt, wo die Konjunktur anzieht, gibt es weder für die Arbeitnehmenden noch für die Arbeitgeber Grund zur Bescheidenheit im Bezug auf den Lohnanstieg. Die Gewerkschaft Unia wird in den Industriebetrieben zwei bis drei Prozent Lohnerhöhung fordern sowie zusätzliche Mittel für die Lohngleichstellung von Frauen. In Betrieben ohne verbindliche Mindestlöhne besteht zudem die Gefahr, dass Temporärangestellte gezielt eingesetzt werden, um die Löhne zu drücken. Hier wird die Gewerkschaft Unia sich weiter für die Festlegung von verbindlichen Mindestlöhnen einsetzen.